

Im Labor Europas

Ein neuer „Wiener Kongress“ definierte fünf Projekte für die Zukunft Europas – Juncker und Schulz diskutierten mit der Regierungsspitze darüber.

Wien. „Stimmen zur Zukunft Europas.“ Dazu diskutierten EU-Spitzenvertreter und die heimische Regierungsspitze gestern im Bundeskanzleramt.

Die Diskussion mit EU-Parlamentspräsident Martin Schulz und Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker zeigte das aktuelle Dilemma der EU. Zwar wäre Parlamentspräsident Schulz durchaus für eine Kompetenzneueordnung der nationalen und europäischen Institutionen, aber leider – die Verhältnisse, die sind nicht so. Viel mutiger waren jene 57 Jugendlichen aus allen europäischen Mitgliedsländern, die in einem „New Vienna Congress Lab“ Projekte diskutierten, um Europa eine Zukunft zu geben. Eines der Ergebnisse, der von Franz Vranitzky, Franz Fischler und Harald Krassnitzer gestarteten Initiative war, dass auch die von Europa Enttäuschten gehört werden müssen. Sie seien ein wichtiger Impulsgeber für die Erneuerung Europas. „Wir leben derzeit in einer Echo-Demokratie“, wir müssen aber zu einer Resonanz-Demokratie kommen“, sagte Krassnitzer zur „Wiener Zeitung.“

Die Jugendlichen wünschen sich von den verantwortlichen Politikern viel mehr Mut bei konkreten Projekten. So fordern sie den Aufbau einer europäischen Infrastruktur bei der Digitalisierung. Google, Facebook und Amazon solle etwas Eigenes gegenüber gestellt werden. Daneben verlangen sie eine gemeinsame also europäische Sicherung der Außengrenze, einen Vorschlag zur Dekarbonisierung der europäischen Industrie, ein starkes Netzwerk der Städte und Regionen und einen „Marshallplan“ für Afrika. Europa müsse ein Europa der Weggefährten werden und nicht bloß ein Markt. In der darin anschließenden Diskussion mit Schulz und Juncker sowie der heimischen Regierungsspitze mit Bundeskanzler Christian Kern und Vizekanz-

ler Reinhold Mitterlehner gingen diese Visionen großteils wieder verloren. Juncker verwies darauf, dass die EU beim Thema Energie so gut wie keine Kompetenzen hat. Gleichzeitig beschworen die beiden europäischen Spitzenfunktionäre den Geist der Gründerväter. „Wir vergessen, was war. Das europäische Dilemma bleibt die Frage von Krieg und Frieden“, sagt Juncker.

Die kriegerischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und in Syrien fänden in unmittelbarer Nachbarschaft der EU statt. Auch Schulz verwies darauf, dass Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg bereits fünf Jahre nach der Befreiung des KZ Auschwitz als gleichberechtigtes Mitglied in die damalige Europäische Ge-

meinschaft für Kohle und Stahl eingeladen wurde. Sechs Länder gründeten damals die heutige europäische Union. Diese Zahl nahmen sich auch die Jugendlichen in ihrem Wiener „Laborversuch“ zu Herzen. Wenn sechs Länder von einer Gemeinsamen Idee überzeugt seien, dann sollten sie dies auch umsetzen dürfen. Krassnitzer: „Wenn die Idee gut ist und viele Bürger in Europa dies auch so sehen, schaue ich mir an, ob die anderen Regierungen diesem Druck standhalten können.“

Eliten auf den Knien

Ein Konsens der Diskutanten war, dass sich Europa in der Krise befindet. „Was ist bloß mit uns los?“, fragte Schulz gleich am Anfang.

Die Idee, dass die Nationen in der EU gleichberechtigt zusammenarbeiten gelte heute als verhandelbar oder gar als falsch. „Damit ist Europa gefährdet.“ „Die Situation ist besorgniserregend“, sagte Schulz und plädierte für eine klarere Kompetenzverteilung und „fundamentale Reform“, notfalls über eine EU-Vertragsänderung. Der Mut dazu sei aber begrenzt. „Wir haben zentrifugale Kräfte in der EU“, so Schulz. Die Idee, dass Staaten und Nationen über Grenzen auf Augenhöhe zusammenarbeiten, „gilt heute als verhandelbar, sogar als altmodisch“. Dadurch sei Europa gefährdet. Gerade in einem globalisierten Zeitalter ziehe sich Europa zurück, „statt diese Herausforderung anzunehmen“. Das Grundproblem

sei kein europäisches Phänomen: „Die Leute vertrauen Institutionen nicht mehr.“ Dieses Vertrauen könne durch eine bessere Kompetenzverteilung zurückgewonnen werden. „Die Wirklichkeit ist, dass vieles gut funktioniert, davon redet niemand“, konterte EU-Kommissionspräsident Juncker. Vieles funktioniere aber auch nicht. Vieles würde für selbstverständlich genommen.

Bundeskanzler Kern sieht die Herausforderung der Zukunft in der unglaublichen Beschleunigung, die durch Globalisierung und Technologieentwicklung eingetreten sei. Dazu komme noch die Migration. Europa vermittele aber den Eindruck, dass es nur um Wettbewerbsfähigkeit gehe „und nur noch eine Stimme zählt – die des Entrepreneurs“. Man vergesse dabei jene Menschen, die nicht von der Wohlstandsentwicklung profitierten. Es gebe eine direkte Linie vom Brexit zu Marine Le Pen und dem Rechtspopulismus bis zu Donald Trump. Menschen würden die Versprechen der EU nach Sicherheit und Wohlstand nicht mehr kaufen, sagte Kern. Deklassierte Menschen erwarteten nicht, dass Trumps ihre Probleme lösen, sondern wollten die wirtschaftlichen und politischen „Eliten auf den Knien sehen“. Der Brexit werde die EU zwingen, diese Grundsatzfragen zu beantworten. „Wenn uns das nicht gelingt, werden wir erst Recht von einer Krise reden.“

Vizekanzler und Wirtschaftsminister Reinhold Mitterlehner (ÖVP) sagte: „Wir müssen begreifen, dass wir Europa sind.“ Man brauche nicht eine EU, die vorschreibe, welche Allergene verträglich seien, sondern eine Europäische Union für die großen Lösungen. Mitterlehner sagte, er „glaube nicht, dass wir die Wohlstandsversprechen nicht einhalten oder ein Umverteilungsproblem haben.“ Mitterlehner: „Wir sind reicher als je zuvor.“ ■



Gespielte Einigkeit? Vizekanzler Mitterlehner, EU-Parlamentspräsident Schulz, Kommissionschef Juncker, Altkanzler Vranitzky und Kanzler Kern. Foto: apa/Herbert Neubauer